

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirats Findorff am 15.09.2026 im Jugendzentrum Findorff, Neukirchstraße 23a, 28215 Bremen

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Nr.: XIV/3/26

Anwesend sind:

Anke Bittkau
Beatrix Eißen
Katrin Grosch
Kevin Helms

August Kötter
Luca Müller
André Penzien

Oliver Otwiaska
Christian Weichelt

Verhindert sind:

Oliver Jäger
Svenja Rohlfing

Gäste:

Frau Stollberg, Zuwandererangelegenheiten, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
Petra Kodré, Soziales, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet wie folgt:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/2/26 vom 10.06.2026

TOP 3: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten
a) Jugendbeteiligung b) Bevölkerung c) Seniorenvertretung d) Beirat

TOP 4: Einrichtung einer Landesunterkunft für Geflüchtete in der Theodor-Heuss-Allee
Petra Kodré, Soziales, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
Frau Stollberg, Zuwandererangelegenheiten, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

TOP 5: Globalmittelvergabe, 2. Runde

TOP 6: Bericht der Beiratssprecherin / Berichte aus dem Stadtteil

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Von der Ortsamtsleitung wird vorgeschlagen, Tagesordnungspunkt 3 und 5 zu tauschen. Der Beirat hat sich bereits interfraktionell mit den Globalmittelanträgen der zweiten Vergaberunde befasst. Daher wird vorgeschlagen, auf eine erneute Behandlung der einzelnen Anträge zu verzichten und stattdessen direkt das Ergebnis der interfraktionellen Beratung zu verlesen.

Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/2/26 vom 10.06.2026

Das Protokoll XIV/2/26 vom 10.06.2026 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Globalmittelvergabe, 2. Runde

Die stellvertretende Beiratssprecherin Beatrix Eißén verkündet das Ergebnis aus der interfraktionellen Beratung.

Der Beirat stimmt dem Ergebnis einstimmig zu.

Die Ergebnisse sind in der Liste „Globalmittelvergabe Findorff 2026, 2. Vergaberunde am 15.09.2026“ (Anlage 1) einzusehen.

TOP 4: Einrichtung einer Landesunterkunft für Geflüchtete in der Theodor-Heuss-Allee

Frau Kodré gibt zunächst eine allgemeine Einführung in das Thema der Unterbringung von Geflüchteten im Land Bremen. Bremen ist verpflichtet, ein Prozent der in Deutschland ankommenden Geflüchteten aufzunehmen. Für die Erstaufnahme steht derzeit die Zentrale Aufnahmestelle in der Lindenstraße zur Verfügung. Von dort erfolgt anschließend die Verteilung auf weitere Einrichtungen beziehungsweise eine Umverteilung in andere Unterkünfte, insbesondere für Personen mit längerfristiger Bleibeperspektive.

Da die vorhandenen Notunterkünfte, unter anderem in Leichtbauhallen, lediglich als Übergangslösung vorgesehen sind und perspektivisch wieder abgebaut werden müssen, werden zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten benötigt.

Für die Theodor-Heuss-Allee 8 wurde ein neues Gebäude als mögliche Unterkunft gefunden. Die maximale Aufnahmekapazität beträgt 350 Personen. In der Praxis sei jedoch nicht davon auszugehen, dass die Einrichtung dauerhaft vollständig belegt sein werde. Bei der Planung werde bewusst ein Puffer berücksichtigt, um bei künftigem Bedarf nicht erneut kurzfristig kostenintensive Notunterkünfte errichten zu müssen. Aufgenommen werden können sowohl Familien als auch erwachsene Alleinreisende.

Eine Selbstversorgung ist nicht vorgesehen; in der Einrichtung gilt das Sachleistungsprinzip. Ergänzend sind ehrenamtliche Angebote geplant. Grundsätzlich handelt es sich bei der Erstaufnahme um eine zeitlich begrenzte Unterbringung. Da die Einrichtungen primär der Erstaufnahme und nicht der Integration dienen, sind entsprechende Angebote zunächst auf die Einrichtung begrenzt. Für Familien ist ein Aufenthalt von bis zu sechs Monaten vorgesehen, für alleinstehende Erwachsene bis zu 18 Monaten. Aufgrund der schwankenden Zugangszahlen ist eine langfristige Planung der Belegung allerdings nur schwer möglich.

Frau Kodré berichtet von einer deutlichen Beruhigung der Zugangssituation. Die Einrichtungen werden grundsätzlich angemietet und durch soziale Träger betrieben, derzeit unter anderem durch die AWO und das DRK. Für den Standort in der Theodor-Heuss-Allee befindet sich das DRK aktuell im Gespräch.

Im Anschluss werden Fragen aus dem Beirat und dem Publikum beantwortet.

Aus dem Beirat wird zunächst darauf hingewiesen, dass die Antworten auf den Fragenkatalog bereits im Vorfeld zur Verfügung gestellt wurden. Es wird vorgeschlagen, den Fragenkatalog einschließlich der Antworten als Anlage 2 zum Protokoll aufzunehmen.

Anschließend wird gefragt, mit wie vielen Personen zu Beginn der Belegung zu rechnen sei.

Frau Kodré erläutert, dass sich die Belegung schrittweise aufbauen werde. Da für die Inbetriebnahme noch etwa ein Dreivierteljahr vorgesehen sei, könne derzeit keine genaue Angabe zur anfänglichen Personenzahl gemacht werden. Auch die Herkunft der aufzunehmenden Personen lasse sich im Vorfeld nicht konkret bestimmen. Grundsätzlich entfalle auf Bremen ein Prozent der in Deutschland ankommenden Geflüchteten. Zu den

üblichen Herkunftsländern zählen unter anderem Syrien, die Ukraine, Afghanistan sowie verschiedene afrikanische Länder.

Eine reguläre Beschulung von Kindern ist während der Erstaufnahmephase grundsätzlich nicht vorgesehen. In den Übergangsunterkünften werden jedoch niedrigschwellige Bildungsangebote ermöglicht.

Im weiteren Verlauf werden Bedenken hinsichtlich der Beschulung von Kindern geäußert. Frau Kodré erläutert, dass für Kinder grundsätzlich ein maximaler Aufenthalt von sechs Monaten in der Erstaufnahmeeinrichtung vorgesehen sei und während dieses Zeitraums keine reguläre Beschulung stattfinde. Es werde jedoch versucht, den Alltag der Kinder abwechslungsreich zu gestalten und durch verschiedene Angebote zu ergänzen. Ein Beiratsmitglied ergänzt, dass den Menschen von Anfang an Deutsch vermittelt werde.

Aus dem Beirat kommt der Hinweis, dass Integration möglichst früh beginnen sollte. In diesem Zusammenhang wird gefragt, weshalb nicht bereits zu einem frühen Zeitpunkt ehrenamtliches Engagement für die Integration eingebunden werden könne.

Frau Kodré erklärt, dass das ehrenamtliche Engagement insbesondere infolge der Corona-Zeit deutlich zurückgegangen sei. Entsprechende Angebote seien daher ausdrücklich willkommen. Das DRK könne ehrenamtliches Engagement gut in die Arbeit der Einrichtung integrieren.

Auf eine Zwischenfrage aus dem Publikum nach dem geplanten Start der Einrichtung wird erklärt, dass die weitere Abstimmung mit dem künftigen Träger zeitnah erfolgen solle. Die Inbetriebnahme der Einrichtung ist für den Sommer 2027 vorgesehen.

Im Anschluss erkundigt sich der Beirat nach der medizinischen Versorgung in der Einrichtung.

Frau Kodré erklärt, dass eine medizinische Versorgung vorhanden sei. Eine besondere Herausforderung bestehe darin, dass auch bereits erkrankte Menschen in der Erstaufnahme ankämen und die medizinische Versorgung dadurch entsprechend belastet werde.

Darüber hinaus wird nach der vorgesehenen Belegungskapazität zu Beginn des Betriebs sowie nach dem Zusammenhang mit der Ablösung der bestehenden Leichtbauhallen gefragt.

Frau Kodré erläutert, dass die Leichtbauhallen perspektivisch abgelöst werden sollen. Die dort untergebrachten Personen sollen anschließend in Übergangswohnheimen untergebracht werden.

Seitens des Beirats werden Bedenken hinsichtlich des Umfelds des geplanten Standorts geäußert. Insbesondere das Bahnhofsumfeld, die Bürgerweide, die dort vorhandene Drogenszene sowie die Präsenz obdachloser Menschen und die Volksfeste könnten aus Sicht des Beirats zu Ängsten in der Bevölkerung führen.

Frau Kodré erklärt, dass die besondere Situation des Umfelds bei der Planung berücksichtigt werde. Der Standort sei auch in der Sozialdeputation diskutiert worden. Dort sei die Einschätzung vertreten worden, dass die Situation nicht grundsätzlich problematisch sei. Im Umfeld seien bereits heute zahlreiche unterschiedliche Einrichtungen und Angebote vorhanden. Eine Vermischung der jeweiligen Problemlagen werde nicht erwartet, da es nur wenige Überschneidungen gebe. Auch die zentrale Lage und die gute Anbindung würden für den Standort sprechen.

Im weiteren Verlauf erkundigt sich der Beirat danach, nach welchen Kriterien ein Standort für eine solche Einrichtung ausgewählt werde.

Frau Kodré erläutert, dass im Vorfeld zahlreiche Immobilien geprüft und aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt worden seien, beispielsweise aufgrund zu hoher Kosten oder baulicher

Mängel. Bei der Standortauswahl würden verschiedene Faktoren berücksichtigt. Entscheidend sei eine Gesamtschau, zu der auch eine möglichst ausgewogene Verteilung der Einrichtungen über das Stadtgebiet gehöre.

Auch zum Sicherheitskonzept und zur vorgesehenen Anzahl der Sicherheitskräfte wird seitens des Beirats nachgefragt.

Frau Kodré erklärt, dass ein externer Dienstleister mit der Sicherheitsleistung beauftragt werde. Für die Einrichtung seien neun Sicherheitskräfte als Regelkapazität vorgesehen, die rund um die Uhr eingesetzt werden sollen. Anschließend solle beobachtet werden, wie sich die Situation vor Ort entwickle und ob Anpassungen erforderlich seien.

Der Beirat bittet zudem um einen Vergleich zwischen der Einrichtung in der Corveystraße und dem geplanten Standort in der Theodor-Heuss-Allee.

Frau Kodré weist darauf hin, dass die Ausgangssituationen an beiden Standorten sehr unterschiedlich seien. Die Einrichtung in der Corveystraße sei stärker in ein Wohngebiet integriert, während der Standort an der Theodor-Heuss-Allee eher anonymisiert sei. Daraus ergäben sich auch unterschiedliche Möglichkeiten und Situationen für ehrenamtliches Engagement.

Aus dem Publikum wird nach weiteren Informationen zum Gebäude gefragt.

Frau Kodré erläutert, dass es sich bei dem Gebäude zuvor um ein Bürogebäude gehandelt habe. Die Küche sei zwischenzeitlich von den Suppenengeln genutzt worden. Das Gebäude gehöre nicht der IB. Insgesamt seien 111 Wohnerräume vorgesehen. Darüber hinaus würden Büroräume für die Einrichtung hergerichtet. Auch ein kleiner Spielplatz sei geplant.

Die Bürgerschaftsabgeordnete Kerstin Eckart empfiehlt ein Vernetzungstreffen mit der Einrichtung in der Theodor-Heuss-Allee. Auf diese Weise könne man auf dem aktuellen Stand bleiben und sich gut einbringen.

Aus dem Publikum kommt der Vorschlag, den Fragenkatalog einschließlich der Antworten auf der Internetseite unter den Stadtteilthemen zu veröffentlichen.

Der Beirat beschließt abschließend, den Fragenkatalog einschließlich der Antworten als Anlage zum Protokoll aufzunehmen. Ein zusätzlicher Beitrag auf der Homepage des Ortsamts wird nicht erstellt.

TOP 5: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

a) Jugendbeteiligung:

Angehörige des Jugendforums Findorff sind nicht zugegen, dieser Punkt entfällt daher. Kenntnisnahme.

b) Bevölkerung:

Hierzu liegt nichts vor. Kenntnisnahme

c) Seniorenvertretung:

Herr Spleet macht darauf aufmerksam, dass die Altenheime nicht wirklich auf das veränderte Klima vorbereitet sind. Kenntnisnahme

Von der Ortsamtsleitung wird berichtet, dass der Fachausschuss Soziales einen „Senior:innen-Nachmittag“ plant. Solch eine Aktion hat es schonmal vor einigen Jahren gegeben. Stattfinden soll das Ganze in der Martin-Luther-Gemeinde. Der genaue Termin ist allerdings noch nicht bekannt.

d) Beirat

Es gibt keine Wortmeldungen des Beirats.

Die Ortsamtsleitung verkündet, dass es wohl im neuen Jahr wieder eine kommunales Sachbearbeitung für den Stadtteil Findorff geben wird. Es hat bereits eine Vorauswahl stattgefunden, die Gespräche finden Mitte Oktober statt.

TOP 6: Bericht der Beiratssprecherin / Berichte aus dem Stadtteil

August Kötter berichtet, dass der Schwachhausener Beirat dem Findorffer Beispiel gefolgt ist und auf einer der Torhafenbrücken eine Straßenlaterne installiert hat. Nun ist die Brücke bei Tag und Nacht beleuchtet.

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Die Ortsamtsleitung berichtet, dass die Entsiegelung in der Fürther Straße nun umgesetzt wird.

Kenntnisnahme.

Vorsitz:

stellv. Sprecherin:

Protokoll:

- Cornelia Wiedemeyer -

- Beatrix Eißer -

- René Joppich -